

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Ins Chaos“

Die Gewaltexzesse der Sylvester-Nacht in Köln und anderen Städten haben die schlimmsten Befürchtungen übertraffen. Den für die neue Flüchtlingspolitik verantwortlichen Politikern scheint erst jetzt die Dimension der damit verbundenen Probleme und Risiken zu dämmern. Der FDP-Vorsitzende hat der Bundeskanzlerin vorgeworfen, sie habe mit der Grenzöffnung „unseren Kontinent ins Chaos gestürzt“. Die Polizeigewerkschaft stellt fest, unser Land habe die Kontrolle verloren. Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, beanstandet „eklatantes Politikversagen“ in der Flüchtlingskrise. Der Top-Jurist weiter: „Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit.“ Bei der Sicherung der Außengrenzen gebe es inzwischen rechtsfreie Räume. Notwendig seien eine strikte Asylpolitik, die deutlich zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen trenne, die Sicherung der deutschen Grenzen, die vorübergehende Aussetzung der Schengen-Regel und die Unterbindung illegaler Einreisen.

„Außer Kraft“

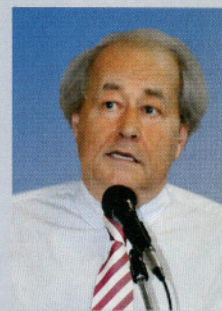
Alice Schwarzer hat die Vorfälle von Köln als Terror eingestuft: „Diese jungen Männer sind das triste Produkt einer gescheiterten, ja nie auch nur wirklich angestrebten Integration! Sie sind das Produkt einer falschen Toleranz, in der fast alle Menschen, Medien, Kirchen und Politiker unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, unsere Gleichberechtigung infrage

stellen, ja mit Füßen haben treten lassen.“ Und der Publizist Wolfram Weimer sieht Deutschland in einer Krise der Rechtsstaatlichkeit: „Merks Handstreich, das geltende EU-Recht einfach außer Kraft zu setzen und freie Regeln der Moralität gelten zu lassen, hat eine Kettenreaktion ausgelöst. Erst wurden Grenzregeln außer Kraft gesetzt, dann wurde das Aufenthalts- und Asylrecht massenhaft gebrochen, zigtausendfach galt hernach auch in Alltagssituationen kein ‚normales‘ Recht mehr.“

Schweigekartell

Zu den bedenklichsten Phänomenen der letzten Zeit gehört die offenbar systematische Unterdrückung politisch unerwünschter Wahrheiten durch Medien und Polizeibehörden. Der vorwegelnde Gehorsam im Sinne vermeintlicher Political Correctness funktioniert offenbar – auch ohne offizielle „Dienstsanweisung“ – wie eine effektive Selbstzensur in den Köpfen zahlreicher Akteure. Diese höchst problematische Einschränkung der Pressefreiheit wird gerechtfertigt mit der Behauptung, eine wahrheitsgemäße Berichterstattung fördere Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Das hessische Innenministerium „begründet“ die strikte Anweisung an die Polizeibehörden, nicht über von Flüchtlingen begangene Straftaten zu berichten, so: „Die Pressestellen-Leiter wurden darauf hingewiesen, dass das Thema Flüchtlinge von Rechtsextremen instrumentalisiert werden könnte, um gezielt Stimmung gegen Schutzsuchende zu schüren.“ In NRW sollen Gewalt-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

taten in und um Flüchtlingsheimen nur dann gemeldet werden, wenn es sich um Anschläge von Neonazis handelt. Wie stark diese Manipulationen der öffentlichen Meinung mittlerweile auch in den Medien verankert sind, zeigt das Beispiel von Prof. Christian Pfeiffer, dem früheren Justizminister von Niedersachsen, der als Interview-Partner von zwei Fernsehsendern aufgefordert worden ist, im Zusammenhang mit der Kölner Skandalnacht „nicht über Flüchtlinge zu reden“.

Weiter so?

Allein in der ersten Januar-Woche sind über 22.000 neue Flüchtlinge in Deutschland registriert worden. 2015 waren offiziell 1,09 Mio. Migranten erfasst worden. Das Bundesamt für Migration geht für das laufende Jahr von 500.000 Flüchtlingen als „Arbeitsgrundlage“ aus. Der Rückstand von noch nicht bearbeiteten Asylanträgen liege aktuell bei 360.000. Außerdem gebe es „schätzungsweise“ 300.000 Personen, die zwar schon in Deutschland seien, aber noch keinen Antrag gestellt hätten. Die Bundesregierung rechnet – laut „Spiegel“ – für 2016 schon jetzt mit einer Million neuer Flüchtlinge allein aus der Türkei. Die Kanzlerin will offenbar ihre Politik der unlimitierten Zuwanderung fortsetzen, obwohl sich die Solidarität der übrigen EU-Länder in engen Grenzen hält. Der frühere Verfassungsrichter Udo di

Fabio hat in einem Rechtsgutachten für den Freistaat Bayern festgestellt, dass der Bund aus verfassungsrechtlichen Gründen verpflichtet sei, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen. Weiter heißt es: „Das Grundgesetz garantiert nicht den Schutz aller Menschen weltweit durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis.“

Die Rechnung

Es bedarf keiner prophetischen Qualitäten, um für Deutschland ein äußerst turbulentes Jahr 2016 zu prognostizieren. Die lediglich vertagte Euro-Krise kann jederzeit in kritischer Größenordnung wieder aufflammen. Viel stärker rührt jedoch die de facto unge löste Flüchtlings-Problematik im öffentlichen Bewusstsein, die das Land vor völlig neue Herausforderungen auf den Feldern der Sozialpolitik, Integration und – leider auch – der Kriminalität stellen dürfte. Weitgehend verdrängt wird derzeit von der Politik noch die Kostenfrage. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Michelbach schätzt den Anteil der in den Arbeitsmarkt integrierbaren Migranten in den nächsten drei Jahren auf „maximal 10%“. Folglich werden 90% der Flüchtlinge die Sozialsysteme belasten. Spätestens nach den Bundestagswahlen 2017 dürfte den Deutschen die Rechnung in Form erheblicher Erhöhungen bei Steuern und Sozialabgaben präsentiert werden.